

»» Studien und Materialien



KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2013
Oktober 2013

Impressum

Herausgeber
KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0
Telefax 069 7431-2944

Redaktion:
KfW Bankengruppe
Abteilung Volkswirtschaft
research@kfw.de

Dr. Mareike Köller
Telefon 069 7431-3567

Dr. Klaus Borger
Telefon 069 7431-2455

Dr. Elke Lüdemann
Telefon 069 7431-2230

Dr. Martin Raschen
Telefon 069 7431-2434

Dr. Volker Zimmermann
Telefon 069 7431-3725

ISSN 2195-1926

Copyright Titelbild: KfW Bildarchiv / Angelika Kohlmeier

Frankfurt am Main, Oktober 2013

Datenstand: September 2013

KfW-NACHHALTIGKEITSINDIKATOR 2013 – FORTSCHRITTE FÜR UMWELT, GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT

Die nachhaltige Entwicklung Deutschlands hat 2012 insgesamt nur kleine Fortschritte gemacht. Der KfW-Nachhaltigkeitsindikator 2013 schlägt nach den guten Ergebnissen des Vorjahres noch knapp die Benchmark (Durchschnittswert der vorangegangenen zehn Jahre). Die Entwicklung in den drei untersuchten Nachhaltigkeitsdimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher Zusammenhalt verlief höchst unterschiedlich. In der Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft konnte die Benchmark trotz Eurokrise bereits das fünfte Jahr in Folge spürbar übertroffen werden. Die Umweltkomponente gab dagegen im Jahr 2012 nach. Bei der Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt setzte sich im Jahr 2012 die positive Entwicklung der vergangenen Jahre weiter fort.

1. Zur Seele des KfW-Nachhaltigkeitsindikators: die Methodik

Seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahr 1992 ist eine nachhaltige Entwicklung das global geltende politische Leitbild des 21. Jahrhunderts. Deutschland gehört zu den über 170 Unterzeichnerstaaten der UN-Erklärung zu Umwelt und Entwicklung. Neueren Datums ist die von der Bundesregierung eingerichtete Enquete-Kommission „Wohlstand, Wachstum, Lebensqualität“. Der 2013 vorgelegte Abschlussbericht entwickelte u. a. ein Indikatorenset, das eine alternative Wohlstandsmessung ergänzend zum Bruttoinlandsprodukt ermöglichen soll. Die KfW Bankengruppe als Förderbank des Bundes und der Länder unterstützt mit ihren Finanzierungen die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung im In- und Ausland und mit ihrem Research den Erkenntnisgewinn zu Nachhaltigkeitsfragen.

Das komplexe Leitbild der Nachhaltigkeit mit seinen drei Zieldimensionen einer ökologisch verträglichen, sozial gerechten und wirtschaftlich leistungsfähigen Entwicklung bedarf einerseits einer Vereinfachung. Denn dies stärkt den Stellenwert von Nachhaltigkeit im gesellschaftlichen Bewusstsein und fördert den Dialog um die Realisierung. Andererseits müssen auch seine Einzelemente abgebildet werden, um der Vielfalt von Nachhaltigkeit und damit zugleich auch der Tatsache gerecht zu werden, dass Erfolge in einer Zieldimension nicht den Handlungsdruck in anderen Zieldimensionen mindern, die weniger positive Entwicklungen aufweisen. Um diese Aufgaben zu erfüllen, wurde der KfW-Nachhaltigkeitsindikator entwi-

ckelt. 2007 erstmals veröffentlicht, gibt er jährlich Auskunft über den Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland.

In die Konzeption des KfW-Nachhaltigkeitsindikators der KfW Bankengruppe fließen wissenschaftliche Erkenntnisse – jüngst auch ein gesondertes Gutachten¹ – und Erfahrungen aus der Umsetzungspraxis ein. Für die drei Themenbereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher Zusammenhalt wurden geeignete Schlüsselthemen identifiziert und mit passenden Basisindikatoren unterlegt, die die Entwicklung in diesen Bereichen quantifizieren. Die Entwicklung der Nachhaltigkeitssituation im Zeitablauf wird anhand der Veränderungen der Basisindikatoren gemessen. Die für alle Basisindikatoren einheitliche Benchmark lautet, mindestens so gut zu sein wie im Durchschnitt der jüngeren Vergangenheit, wobei diese als gleitende Zehnjahresperiode vor dem jeweiligen Bezugsjahr definiert wird.

Die Verdichtung der Einzelinformationen bis hin zu einem Gesamtwert des KfW-Nachhaltigkeitsindikators erfolgt mittels eines Scoreverfahrens (Einsatz einer fünfwertigen Punkteskala mit -2 als Minimal- und +2 als Maximalergebnis; der mittlere Punktwert 0 steht dabei für das Referenzergebnis, also das Erreichen der durchschnittlichen Performance der vorangegangenen zehn Jahre). Zur Ermittlung der Schlüsselthemen- und Dimensionenscores bzw. des Gesamtscores werden grundsätzlich die Werte der Basisindikatoren bis zum jeweiligen Berichtsjahr herangezogen. Endet die Zeitreihe eines Basisindikators jedoch früher, wird der jeweils aktuellste verfügbare Wert hilfsweise herangezogen. Angesichts der Schwierigkeit der Festlegung einer objektiven Gewichtung hat sich die KfW Bankengruppe für eine Gleichgewichtung entschieden: In jedem Themenbereich werden gleich viele Schlüsselthemen und Basisindikatoren berücksichtigt. Um der Mehrdimensionalität von Nachhaltigkeit gerecht zu werden, wird nicht nur der Gesamtscore des KfW-Nachhaltigkeitsindikators berichtet, der eine Gesamtaussage über die nachhaltige Entwicklung in Deutschland ermöglicht, sondern es werden auch die Ergebnisse auf den verschiedenen Aggregationsebenen bis hin zu den Basisindikatoren dargestellt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse des KfW-Nachhaltigkeitsindikators 2013 detailliert beschrieben.

¹ van Suntum, U. und O. Lerbs (2011), Theoretische Fundierung und Bewertung alternativer Methoden der Wohlfahrtsmessung. Studie im Auftrag der KfW Bankengruppe, Münster.

Zur Interpretation des KfW-Nachhaltigkeitsindikators

Ausführliche Informationen zur Konstruktion des KfW-Nachhaltigkeitsindikators sind unter www.kfw.de/Nachhaltigkeitsindikator abrufbar.

Bei der Interpretation der Kurvenverläufe des KfW-Nachhaltigkeitsindikators gilt:

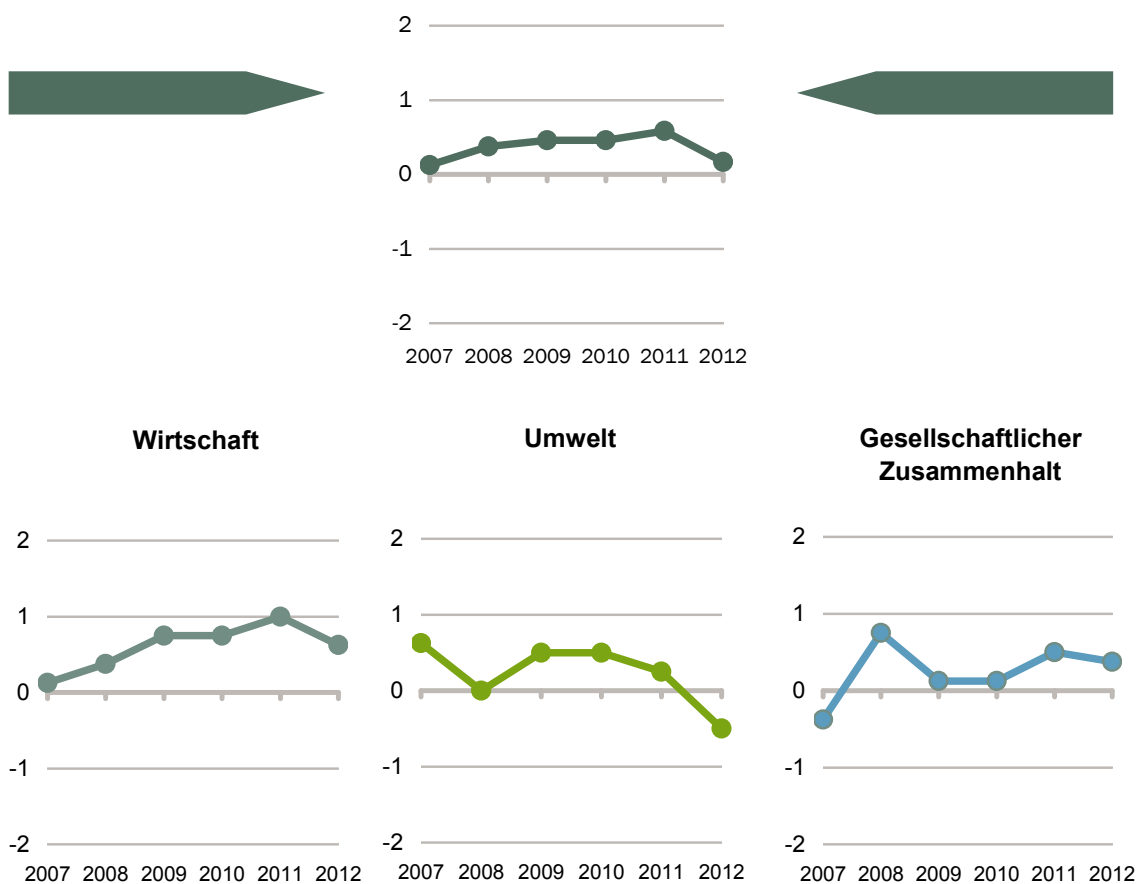
Ein Scorewert von Null signalisiert, dass das betrachtete System im Durchschnitt die Benchmark – definiert als Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre – erreicht. Ein positiver Score weist darauf hin, dass die Benchmark übertroffen ($0 < \text{Scorewert} \leq 1$) oder sogar stark übertroffen wird ($1 < \text{Scorewert} \leq 2$), wohingegen ein negativer Scorewert anzeigt, dass die Benchmark verfehlt wurde – und zwar umso mehr, je näher der durchschnittliche Scorewert in dem betrachteten Bereich bei -2 liegt.

2. Gesamtergebnis

Überblick

| Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre | | | | | | |
|--|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 |
| Wirtschaft | 0,1 | 0,4 | 0,8 | 0,8 | 1,0 | 0,6 |
| Umwelt | 0,6 | 0,0 | 0,5 | 0,5 | 0,3 | -0,5 |
| Gesellschaftlicher Zusammenhalt | -0,4 | 0,8 | 0,1 | 0,1 | 0,5 | 0,4 |
| Insgesamt | 0,1 | 0,4 | 0,5 | 0,5 | 0,6 | 0,2 |

KfW-Nachhaltigkeitsindikator insgesamt



Quelle: KfW Bankengruppe

Grafik 1: Ergebnisse des KfW-Nachhaltigkeitsindikators 2013

Im Berichtsjahr 2012 erzielte Deutschland in der Gesamtschau leichte Fortschritte im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Der Gesamtscore des KfW-Nachhaltigkeitsindikators erreichte einen Wert von 0,2, was im Mittel eine leichte Übererfüllung der vergangenheitsorientierten Benchmark – definiert als gleitender Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre – anzeigt. Die Entwicklung in den drei Nachhaltigkeitsdimensionen verlief allerdings unterschiedlich.

Die Nachhaltigkeitsperformance der deutschen Wirtschaft war im Berichtsjahr 2012 erneut überdurchschnittlich. Die auf ein Scoreergebnis von Null normierte Benchmark wurde im Mittel aller acht Basisindikatoren trotz der weiter schwelenden Eurokrise bereits das fünfte Jahr in Folge spürbar übertroffen. Allerdings wurde das Anspruchsniveau nicht mehr so stark über-erfüllt wie 2011: Der Gruppenscore Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft verschlechterte sich auf der fünfwertigen Skala von -2 bis 2 um 0,4 Zähler auf 0,6 Scorepunkte. Positive Entwicklungen konnten bei den FuE-Ausgaben sowie in der Erwerbsbeteiligung ausgemacht werden. Die Erwerbsquote stieg 2012 auf ein Allzeithoch. Auf der anderen Seite bleibt trotz sehr günstiger Finanzierungsbedingungen die Nettoinvestitionsquote ausgesprochen schwach. An der weiterhin hohen Staatschuldenquote im historischen Vergleich zeigen sich die Belastungen durch die Finanzmarkt- und Eurokrise.

Die Nachhaltigkeitssituation in der Dimension Umwelt trübte sich dagegen im Jahr 2012 erheblich ein. Insbesondere durch den witterungsbedingten Anstieg des Energieverbrauchs sowie durch die steigende Verstromung von Kohle und dem daraus resultierenden Anstieg der Treibhausgasemissionen fiel der Gruppenscore auf den Wert von -0,5 zurück. Die vergangenheitsorientierte Benchmark wurde damit verfehlt. Insgesamt ist nach einigen Jahren positiver Entwicklung ein Rückgang der Dynamik bei den Schlüsselthemen Klimaschutz, Erneuerbare Energien und Energieproduktivität festzustellen, gleichzeitig fehlt in Teilindikatoren wie der Artenvielfalt noch immer die Trendumkehr. Besonders der Rückgang der Rohstoffproduktivität stimmt bedenklich.

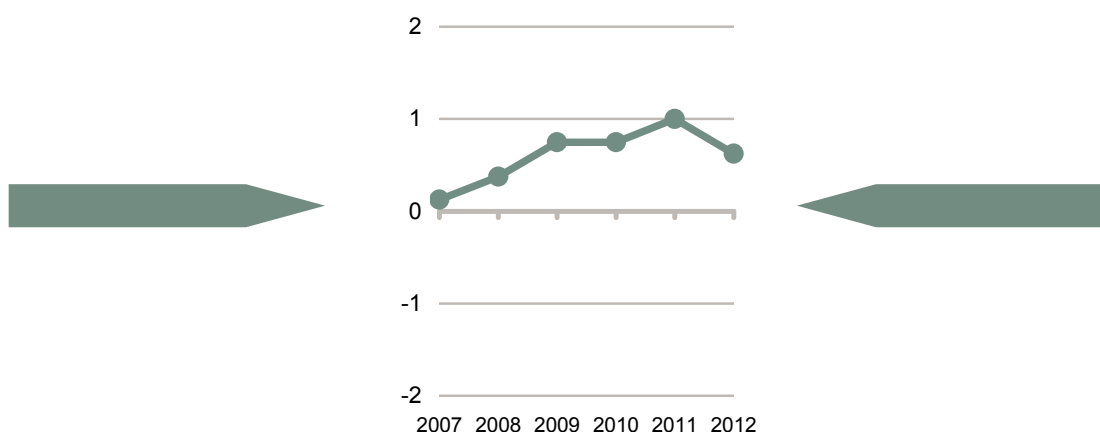
Bei der Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt setzte sich im Jahr 2012 die positive Entwicklung der vergangenen Jahre weiter fort. Die durchschnittliche Performance dieser Nachhaltigkeitsdimension übertraf die der vorangegangenen zehn Jahre (Score: 0,4), wenn auch etwas geringer (-0,1 Scorepunkte) als im Vorjahr. Dies ist weiterhin maßgeblich auf die anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen, die insbesondere positive Effekte auf den Arbeitsmarkt hatte und zu einer gestiegenen wirtschaftlichen Teilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen führte. Insbesondere in den Bereichen Integration und Gleichberechtigung besteht jedoch trotz aller Fortschritte noch erheblicher Handlungsbedarf, will man die Politikziele der nationalen Europa 2020-Strategie und der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie erreichen. Die Auswirkungen des demografischen Wandels zeigen sich beim Schlüsselthema Gesundheit: Hier ist ein anhaltend negativer Bewertungstrend zu vermeiden (Score: -1).

2.1 Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft

Wirtschaft

| Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre | | | | | | |
|--|------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 |
| Erwerbsbeteiligung | | | | | | |
| Erwerbsquote | 2 | 1 | 2 | 1 | 1 | 1 |
| Sachkapitalbildung | | | | | | |
| Nettoanlageinvestitionen | -1 | -1 | -2 | -1 | 0 | 0 |
| Humankapitalbildung | | | | | | |
| Bildungsausgaben (VGR) | -2 | -1 | 2 | 2 | 2 | 1 |
| Innovationen | | | | | | |
| Forschungs- und Entwicklungsausgaben | 1 | 1 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| Materieller Wohlstand | | | | | | |
| Realer Konsum pro Kopf | -1 | 1 | 1 | 1 | 2 | 0 |
| Freizeit | | | | | | |
| Freizeit pro Erwerbstätigem | 1 | 1 | 2 | 1 | 1 | 1 |
| Staatsverschuldung | | | | | | |
| Staatsschuldenquote | -1 | -1 | -2 | -2 | -2 | -2 |
| Privatverschuldung | | | | | | |
| Privatschuldenquote | 2 | 2 | 1 | 2 | 2 | 2 |
| Wirtschaft insgesamt | 0,1 | 0,4 | 0,8 | 0,8 | 1,0 | 0,6 |

Wirtschaft insgesamt



Quelle: KfW Bankengruppe

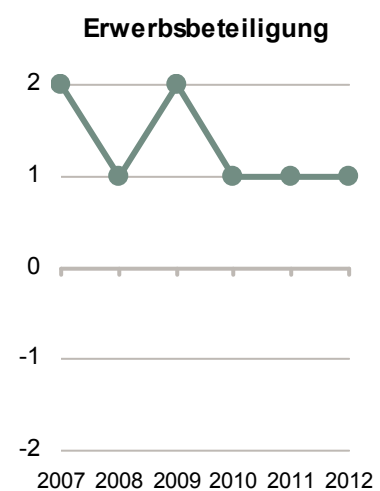
Die deutsche Wirtschaft erzielte 2012 erneut ein überdurchschnittlich gutes Nachhaltigkeitsergebnis. Die auf ein Scoreergebnis von Null normierte Benchmark, die durchschnittliche Indikatorperformance in den vorangegangenen zehn Jahren, wurde im Mittel aller acht Basisindikatoren trotz der weiter schwelenden Eurokrise bereits das fünfte Jahr in Folge spürbar übertroffen. Allerdings wurde das Anspruchsniveau nicht mehr so stark übererfüllt wie 2011: Der Gruppenscore verschlechterte sich auf der fünfwertigen Skala von -2 bis 2 um 0,4 Zähler auf 0,6 Scorepunkte. Zwei wirtschaftliche Schlüsselthemen (Humankapitalbildung,

Materieller Wohlstand) wurden 2012 schlechter bewertet als 2011, eines (Staatsverschuldung) genügt dem Anspruchsniveau der Benchmark nicht. Bedenklich stimmt jedoch vor allem die anhaltende Vernachlässigung des Sachkapitalstocks, auch wenn das Schlüsselthema Sachkapitalbildung – wegen des rapiden Verfalls der Benchmark nach vielen Jahren der Investitionsschwäche – erneut knapp den Nullscore erreicht. Denn mit nur noch 2,6 % sank die Nettoinvestitionsquote 2012 trotz sehr günstiger Finanzierungsbedingungen auf den viertniedrigsten Wert seit dem Datenbeginn 1970.

2012 beteiligten sich 53,5 % der Bevölkerung am Erwerbsleben, ein neues Allzeithoch (Score: 1). Obwohl der Staat und die privaten Haushalte 2012 genauso wie im Vorjahr 4,9 % des BIP für Bildungszwecke ausgaben (Score: 1), wird die Humankapitalbildung weniger günstig bewertet als 2011: Die Benchmark ist nach den Erfolgen der letzten Jahre anspruchsvoller geworden. Die Innovationen als zweiter wichtiger Treiber der Faktorproduktivität erzielten dagegen dank einer weiteren Steigerung der FuE-Quote erneut die Bestbewertung. Der reale Pro-Kopf-Konsum wuchs 2012 mit 0,6 % nur noch knapp so schnell wie im Zehnjahresdurchschnitt (Score: 0). Dabei hatte der durchschnittliche Erwerbstätige etwas mehr Freizeit als 2011 (Score: 1). Bei der Verschuldung setzte sich die diametrale Bewertung von öffentlichem und privatem Sektor fort. Die private Verschuldungssituation zeigte sich weiter entspannt (Score: 2). Demgegenüber verfehlte die Staatsschuldenquote das Anspruchsniveau weiterhin klar (Score: -2). Dank des sehr niedrigen Zinsniveaus ist die Staatsschuld zurzeit gleichwohl problemlos finanzierbar; die Zinslastquote liegt auf einem gesamtdeutschen Tief.

Erwerbsbeteiligung

Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung kann nur gelingen, wenn ein hinreichend großer Teil der Bevölkerung wirtschaftlich aktiv ist. Im Jahr 2012 zählten von den 81,9 Mio. in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) angenommenen Einwohnern Deutschlands knapp 43,9 Mio. zu den Erwerbspersonen. Die Erwerbsquote, also die Zahl der Erwerbspersonen in Prozent der Bevölkerung, lag im Jahr 2012 bei 53,5 % und damit nochmals etwas höher als 2011 (53,3 %). Dies ist ein neuer historischer Spitzenwert, der den von einem seit Mitte der 1990er-Jahre aufwärts gerichteten



Trend geprägten und folglich zunehmend ambitionierten Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (52,6 %) deutlich übertrifft. Die Erwerbsbeteiligung wird deshalb wie schon in den beiden Vorjahren mit dem Positivscore von 1 bewertet. Zum Vergleich: In der alten Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung hatte die Erwerbsquote trotz merklich günstigerer Alters-

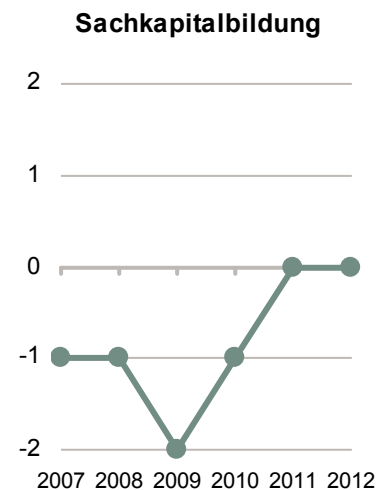
struktur weit unter der Hälfte der Bevölkerung gelegen (46,3 % im Mittel der Jahre 1970 bis 1990).

Erfreulich ist aber nicht nur die nochmals gestiegene Erwerbsquote, sondern auch die Zusammensetzung der Erwerbspersonen, deren Struktur sich trotz des schwachen Realwachstums (+0,9 % kalenderbereinigt) 2012 weiter zu Gunsten der Erwerbstätigen verschoben hat: So stieg die Zahl der erwerbstätigen Inländer 2012 um 1,1 % auf 41,5 Mio. Personen, während die Erwerbslosenzahl gleichzeitig um 7,4 % auf 2,3 Mio. Personen sank. Mit 5,3 % fiel die Erwerbslosenquote (Erwerbslose in Prozent der Erwerbspersonen) auf den niedrigsten Stand seit 1991. Diese positive Arbeitsmarktentwicklung in Zeiten der Krise ist im internationalen Vergleich der großen Industrieländer einmalig.

Mittelfristig werden sich jedoch die Auswirkungen des demografischen Wandels mit einer Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Mit einem deutlichen Rückgang der Erwerbsbevölkerung und dem Sinken der Erwerbsquote ist spätestens zu rechnen, wenn die Babyboomer Generation ins Rentenalter eintritt. Damit das verringerte Arbeitsangebot mit einer erhöhten Erwerbsbeteiligung einhergeht, sind in den kommenden Jahren gezielte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Erwerbsbevölkerung und Zuwanderung vonnöten. Die erfolgreiche Integration der neuen Mitbürger wird in der Dimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt auch den Nachhaltigkeitsindikator in Zukunft mitprägen.

Sachkapitalbildung

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, dass die aktuelle Generation den vorgefundenen Kapitalstock nicht verbraucht, sondern mindestens erhält und möglichst ausbaut, um für künftige Generationen Vorsorge zu treffen. Die Investitionstätigkeit war nach der Jahrtausendwende in Deutschland über viele Jahre sehr schwach und hat sich seit dem schweren Rezessionsjahr 2009 kaum erholt. Wurden im Durchschnitt der 1990er-Jahre noch Nettoanlageinvestitionen in Höhe von 7,8 % des BIP getätigt (1970er-Jahre: 10,7 %, 1980er-Jahre: 6,5 %), so fiel die Nettoinvestitionsquote da-

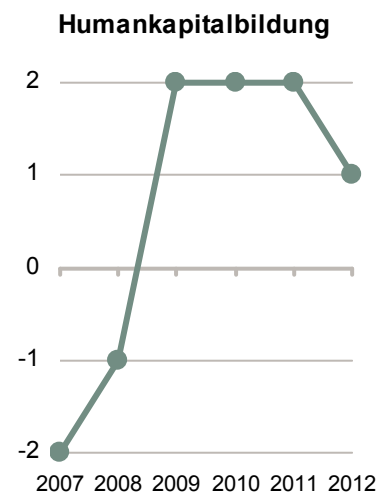


nach von 6,8 % im Jahr 2000 ziemlich rasch bis auf das historische Tief von 1,4 % im Jahr 2009. Im Berichtsjahr 2012 wurden nur 2,6 % des BIP netto in den Sachkapitalstock investiert, merklich weniger als 2011 (3,1 %). Gleichwohl verharrt das Scoreergebnis – unter Berücksichtigung der Fühlbarkeitsschwelle bei der Scorevergabe – knapp bei 0, da nach den langen Jahren der Schwäche auch der Zehnjahresdurchschnitt als Referenz rapide sinkt; 2012 erreichte er ein Rekordtief von 3,0 %.

Auch wenn die schwache Investitionstätigkeit im Jahr 2012 vor dem Hintergrund von Konjunkturabkühlung und Krisenunsicherheit nachvollziehbar ist, der seit Langem im Trend anhaltende Verfall der Investitionsquote stimmt bedenklich und lässt den Zehnjahresdurchschnitt als generelle Benchmark in diesem Fall nur noch als unzureichende Richtschnur für ein hinreichendes Investitionsniveau erscheinen. Nicht nur die bereits genannten Vergleichswerte aus vergangenen Jahrzehnten, sondern auch internationale Standards verfehlt Deutschland inzwischen deutlich. So betrug die durchschnittliche Nettoinvestitionsquote der anderen G7-Länder von 2000 bis vor Krisenausbruch im Jahr 2008 rund 6 %. Deutlich mehr Investitionen dürften jedenfalls erforderlich sein, wenn Deutschland mittel- und langfristig seinen Wohlstand nicht aufs Spiel setzen will. Investitionsanlässe gibt es genug: Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen bei wachsender globaler Konkurrenz durch die aufstrebenden Schwellenländer, die Modernisierung der Infrastruktur, der altersgerechte Umbau von Wohnungen sowie nicht zuletzt die Energiewende.

Humankapitalbildung

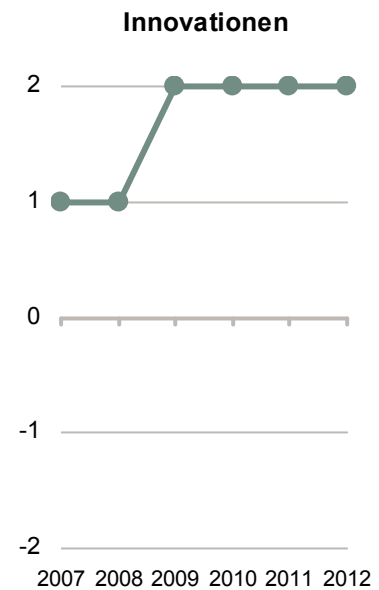
Wichtig für die Nachhaltigkeit sind nicht nur die Investitionen in den Sachkapitalstock, sondern ebenso – gerade in einem rohstoffarmen und alternden Land wie Deutschland – die Investitionen in Humankapital. In der Abgrenzung der VGR stiegen die privaten Ausgaben für das Bildungswesen um 1,4 % gegenüber 2011 auf 14,5 Mrd. EUR, während die staatlichen Bildungsausgaben um 1,7 % auf 115,6 Mrd. EUR zulegten. Bezogen auf das nominale BIP 2012 (2.644,2 Mrd. EUR) verharrten die privaten und staatlichen Bildungsausgaben zusammen bei knapp 4,9 %. Gleichwohl fiel die Scorebewertung um einen Zähler auf den – weiterhin eine Übererfüllung der Benchmark anzeigenden – Wert von 1.



Dahinter steht, dass der als Referenz verwendete Zehnjahresdurchschnitt wegen der Erfolge in den vergangenen Jahren anspruchsvoller geworden ist: Das Anspruchsniveau erhöhte sich 2012 auf 4,7 % nach 4,6 % im Jahr 2011. Obwohl der Anstieg – wie für einen gleitenden Zehnjahresdurchschnitt typisch – nicht sonderlich ausgeprägt ist, reichte er aus, um das Scoreergebnis innerhalb der im KfW-Nachhaltigkeitsindikator verwendeten Fühlbarkeitsschwelle zu bewegen. Die in dem weiter guten Scoreergebnis zum Ausdruck kommenden anhaltenden finanziellen Anstrengungen im Bildungsbereich sind notwendig, um bei einer künftig stärker schrumpfenden Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter die Produktivität zu erhöhen und damit das Wohlstandsniveau zu sichern, aber auch um im zunehmenden Wettbewerb mit den aufstrebenden Schwellenländern weiter bestehen zu können.

Innovationen

Innovationen sind für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. So erhöhen Innovationen die Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten, beschleunigen den strukturellen Wandel innerhalb einer Volkswirtschaft und steigern so die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Mit einem Wert von 2,88 % bezogen auf das BIP (aktueller Datenrand 2011) sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland gegenüber dem Vorjahr geringfügig gestiegen. Der zum vierten Mal in Folge erzielte Maximalscore von 2 ist darauf zurückzuführen, dass das höhere Niveau der FuE-Quote seit ihrem deutlichen Anstieg in den Jahren 2008 und 2009 gut gehalten werden kann, während der Zehnjahresdurchschnitt (2,59 %) als Referenzgröße der Scorebewertung noch stark von den zuvor beobachteten niedrigeren Werten geprägt wird.

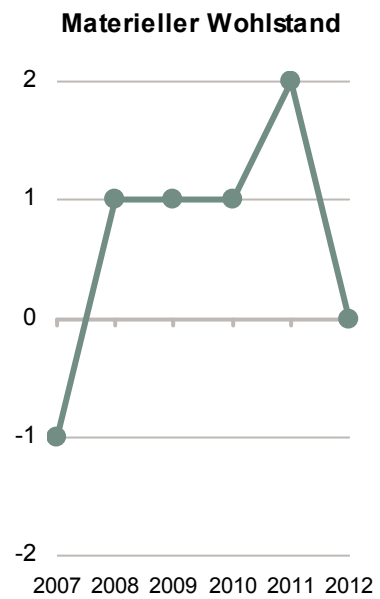


Nach der Jahrtausendwende nahmen die jährlichen FuE-Ausgaben zunächst nur unwesentlich stärker als die Wirtschaftsleistung zu, erst in den Jahren 2008 und 2009 entwickelten sie sich deutlich günstiger als das BIP. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der Anstieg der Quote nur 2008 auf eine überproportionale absolute Steigerung der FuE-Ausgaben zurückzuführen ist. Dagegen brachen im Krisenjahr 2009 die FuE-Ausgaben lediglich weniger stark ein als das BIP, sodass sich rechnerisch eine weitere Steigerung der Quote gegenüber dem Vorjahr ergibt. Auch darf der Anstieg der FuE-Intensität nicht darüber hinwegtäuschen, dass die FuE-Ausgaben weiterhin deutlich unter dem ursprünglich im Lissabon-Prozess für das Jahr 2010 festgeschriebenen und nunmehr in der EU-Wirtschaftsstrategie „Europa 2020“ bekräftigten Ziel von 3 % liegen.

Materieller Wohlstand

Die nachhaltige Wohlstandsmehrung steht im Zentrum aller wirtschaftlichen Betätigung, wobei der Verbrauch der letzte Zweck ökonomischen Handelns ist.

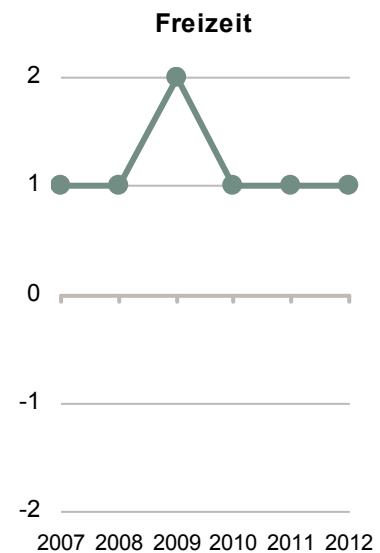
Der preisbereinigte gesamtwirtschaftliche Konsum pro Einwohner wuchs 2012 im Zuge der konjunkturellen Abschwächung um 0,6 % gegenüber dem Vorjahr (2011: 1,9 %). Damit fiel der Zuwachs im Berichtsjahr nur noch knapp so stark aus wie im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (0,8 %), sodass der Score für den materiellen Wohlstand 2012 nach vier Jahren der Übererfüllung des Anspruchsniveaus um zwei Zähler auf 0 fällt. Während die privaten Konsumausgaben 2012 mit 0,6 % Zuwachs erheblich an Dynamik einbüßten (2011: 2,3 %), wuchsen die realen Pro-Kopf-Staatsausgaben für den Individual- und Kollektivkonsum mit einem Plus von 0,8 % nur geringfügig schwächer als 2011 (1,0 %).



Freizeit

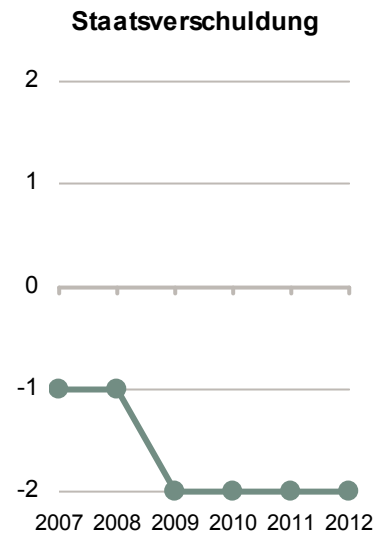
Das Interesse an einer möglichst hohen materiellen Güterversorgung steht in einem Zielkonflikt mit einem anderen, immateriellen Gut, dem die Menschen wegen seiner erheblichen Auswirkungen auf die Lebensqualität typischerweise ebenfalls einen großen Wert beimessen: nämlich der für Nichtmarktaktivitäten zur Verfügung stehenden Freizeit und Muße.

Die Freizeit, die hier an der Jahresstundenzahl abzüglich der gesamtwirtschaftlich geleisteten Jahresarbeitsstunden je Erwerbstätigem gemessen wird, hat sich 2012 mit 7.371 Stunden in der Vorjahresbetrachtung leicht erhöht (2010: 7.355 Stunden). Die Benchmark, die 2012 bei 7.340 Stunden lag, wird erneut signifikant übertroffen. Das Scoreergebnis verharrte trotz der leichten Verbesserung der Stundenzahl bei 1, da der Zuwachs unter der Fühlbarkeitsschwelle blieb. Das gleiche Bewertungsergebnis der Freizeit wurde abgesehen von dem schweren Rezessionsjahr 2009, als der Indikator durch die temporäre Ausweitung der Kurzarbeit massiv beeinflusst war, auch in den Vorjahren regelmäßig erzielt.



Staatsverschuldung

Eine langfristig tragbare Verschuldungssituation der öffentlichen Haushalte ist ein zentrales Ziel der EU, denn sie ist nicht nur für eine prosperierende Wirtschaft, sondern letztlich sogar für den Fortbestand der demokratischen Ordnung zentral. Eine nachhaltige Staatsverschuldung lässt sich dadurch kennzeichnen, dass die auf das BIP bezogenen Bruttostaatsschulden stabil bleiben. Die Bruttostaatsschuldenquote stieg 2012 um 1,3 Prozentpunkte auf 81,2 % des BIP, obwohl der Staat sogar einen leichten Überschuss in Höhe von 0,1 % des BIP erwirtschaftete. Der Grund dafür sind die europäischen und nationalen Krisenmaßnahmen (EFSF-Kredite, Nachbefüllung der Ersten Abwicklungsanstalt, Kapitaleinbringung in den ESM, Kapitalerhöhung der EIB), die sich nur in der Bruttostaatsschuld, aber – da sie vermögensneutral sind – nicht im Finanzierungssaldo des Staates niederschlagen. Sowohl der Maastricht-Referenzwert von 60 % als auch die Benchmark der Scorebewertung, der Durchschnitt der zehn Jahre davor (69,7 %), wird weiterhin sehr deutlich verfehlt. Die Nachhaltigkeitsbewertung verharrt deshalb das vierte Jahr in Folge bei dem Minimalscore von -2.

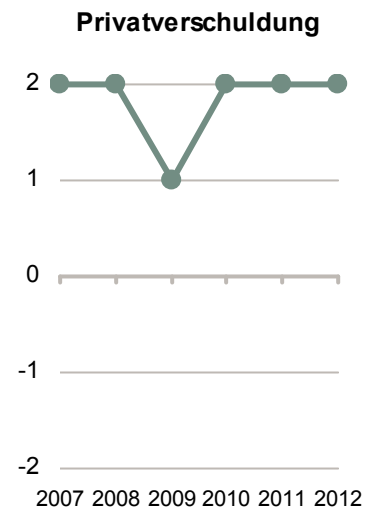


Der schuldenstandserhöhende Gesamteffekt der Finanzmarktkrise belief sich 2012 auf gut 11 % des BIP. Mittelfristig ist allerdings Besserung in Sicht: Das BMF erwartet im aktuellen Stabilitätsprogramm, dass die Staatsschuldenquote bis 2017 auf 69 % fällt. Der Krisenanteil dürfte sich mit dem Abbau der Portfolien der Abwicklungsanstalten graduell zurückbilden und den Konsolidierungseffekt aus dem Haushalt verstärken. Dies wäre nicht nur gemessen an internationalen Standards ein sehr gutes Ergebnis. Die Entwicklung stünde zugleich im Einklang mit der Schuldenbremse und der 1/20-Regel des verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakts, nach der derjenige Teil der Staatsschuld, der 60 % überschreitet, jährlich um mindestens ein Zwanzigstel abgebaut werden muss. Insofern darf man die Lage der deutschen Staatsfinanzen trotz der langjährig schlechten Scoreergebnisse als gut bezeichnen. Dies gilt besonders, weil die Tragbarkeit der Zinslast bislang überhaupt nicht gelitten hat. Im Gegenteil: Aufgrund des hohen Vertrauens in die deutsche Bonität und des damit einhergehenden sehr niedrigen Zinsniveaus fiel die Zinsbelastung öffentlicher Haushalte 2012 mit 5,3 % der Staatseinnahmen auf ein neues gesamtdeutsches Tief. Gleichzeitig geht die Staatsverschuldung mit einer sehr hohen Ersparnis (2012: 9,2 % des BIP) einher, die nach sicherer Anlage sucht. Die Ersparnis der Deutschen ist zwischen 2003 und 2012 um 4,3 Prozentpunkte des BIP gestiegen.

Privatverschuldung

Die in der Vergangenheit zumeist übliche Fokussierung von finanziellen Nachhaltigkeitsbetrachtungen auf den Sektor Staat folgte der Überzeugung, dass die privaten Haushalte und Unternehmen vom Markt wirkungsvoll kontrolliert und gegebenenfalls diszipliniert werden, sodass makroökonomisch relevante Finanzexzesse ausbleiben. Diese Verengung auf den Staat erscheint spätestens mit den Erfahrungen aus der 2008 ausgebrochenen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr angebracht.

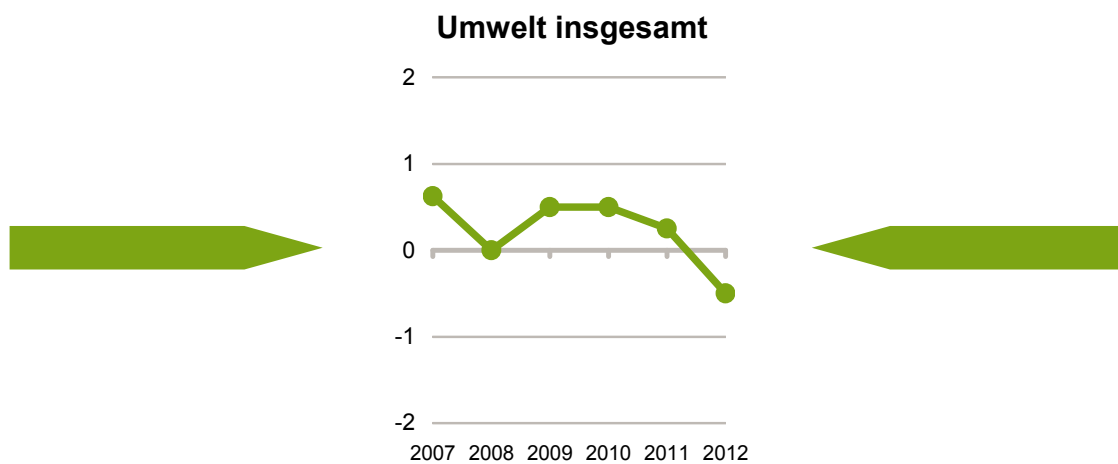
Die Privatverschuldung gibt auch 2012 unter dem Nachhaltigkeitsaspekt keinen Anlass zu Besorgnis. So summierten sich die konsolidierten Schulden der Privaten Haushalte, Privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und der Nicht-Finanziellen Unternehmen zuletzt auf knapp 108 % des BIP. Gegenüber 2011 ist dies ein minimaler Rückgang um 0,2 Prozentpunkte. Der Zehnjahresdurchschnitt (118 %) wird damit sehr deutlich unterboten, sodass das Bewertungsergebnis erneut den Maximalscore von 2 erreicht. Zugleich ist dies der tiefste Wert dieser seit 1995 erhobenen Reihe. Doch nicht nur gemessen an der Historie ist die Privatschuldenquote zurzeit ziemlich niedrig. Auch innerhalb der EU steht Deutschland gut da. Im (ungewichteten) Durchschnitt der anderen 27 EU-Länder liegt die Privatverschuldung bei 158 % der jeweiligen Wirtschaftsleistung (Angaben für 2011, da bislang nur für eine kleine Zahl von Ländern die 2012er-Zahlen vorliegen). Den Spitzenplatz nimmt Zypern mit 283 % ein; über das Doppelte des BIP beträgt die Privatverschuldung auch in Dänemark, Irland, Spanien, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Schweden. Geringer als in Deutschland ist sie, gemessen an der Wirtschaftsleistung, lediglich in fünf Ländern, die als Mitglieder des ehemaligen Ostblocks allesamt zu den Transformationsökonomien zählen (Tschechische Republik, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei).



2.2 Nachhaltigkeitsdimension Umwelt

Umwelt

| Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre | | | | | | |
|--|------------|------------|------------|------------|------------|-------------|
| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 |
| Klimaschutz | | | | | | |
| Treibhausgasemissionen | 1 | -1 | 2 | -2 | 1 | -2 |
| Erneuerbare Energien | | | | | | |
| Anteil Erneuerbare Energien am Endenergieverbrauch | 2 | -2 | 1 | 1 | 0 | -1 |
| Energienutzung | | | | | | |
| Energieproduktivität | 2 | -1 | -1 | -1 | 2 | -1 |
| Rohstoffnutzung | | | | | | |
| Rohstoffproduktivität | -2 | 2 | 0 | 1 | -1 | -2 |
| Flächennutzung | | | | | | |
| Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| Luftschadstoffemissionen | | | | | | |
| Emission ausgewählter Luftschadstoffe | -2 | -1 | -1 | 2 | -2 | -1 |
| Lärm | | | | | | |
| Lärmbelästigung durch Straßenverkehr | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| Artenvielfalt | | | | | | |
| Index Artenvielfalt und Landschaftsqualität | 0 | -1 | -1 | -1 | -2 | -1 |
| Umwelt insgesamt | 0,6 | 0,0 | 0,5 | 0,5 | 0,3 | -0,5 |



Quelle: KfW Bankengruppe

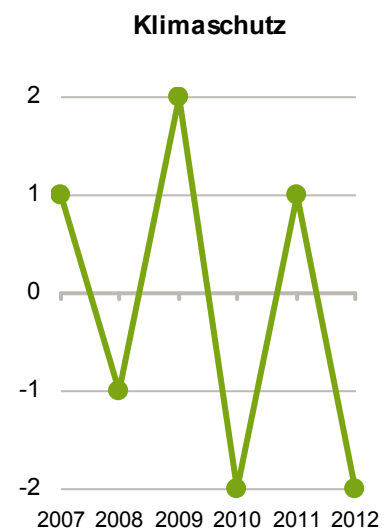
Die Nachhaltigkeitsdimension Umwelt fällt im Jahr 2012 – im aggregierten Gesamtscore – auf einen historischen Tiefpunkt. Nachdem der Gruppenscore für die Nachhaltigkeitsdimension Umwelt im Jahr 2011 mit einem Wert von 0,3 leicht über der historischen Benchmark lag, sank er im Jahr 2012 deutlich auf einen Wert von -0,5. Ausschlaggebend für die Verschlechterung war der Energieverbrauch. Die beschleunigte Energiewende seit Juni 2011 führte zu einem weiteren Anstieg des Anteils Erneuerbarer Energien an der Energieerzeugung. Gleichzeitig stiegen die Emissionen aufgrund der anteilig höheren Nutzung von Braun-

und Steinkohle. Der Scorewert für die Treibhausgasemissionen sank demzufolge ebenfalls, um 3 Zähler auf den Tiefstwert von -2. Die Energieproduktivität sank witterungsbedingt um 3 Zähler auf -1. Der schnelle Anstieg bei der Rohstoffproduktivität in den 90er-Jahren hat sich inzwischen nicht nur verlangsamt, sondern 2012 sogar umgekehrt. Der Indikator zeigt dementsprechend nur den Minimalscore von -2.

Bei der Flächennutzung und der Lärmbelastigung führten die weiter guten Entwicklungen zu überdurchschnittlichen Werten im Jahr 2012, die Indikatoren zu den Luftschadstoffen und zur Artenvielfalt zeigten – eher aufgrund einer wenig ambitionierten Benchmark – nicht mehr den Minimalscore. Bei der Artenvielfalt weisen die Teilindikatoren noch immer keine Trendumkehr auf. Nach wie vor ist der Basisindikator dieses Schlüsselthemas, der Bestand von insgesamt 59 ausgewählten Vogelarten, weit davon entfernt, den politisch festgelegten Zielwert für 2015 zu erreichen.

Klimaschutz

Nach dem deutlichen Rückgang im Jahr 2011 haben sich die Treibhausgasemissionen im Jahr 2012 wieder kräftig erhöht. Gemäß den vorliegenden vorläufigen Daten des Umweltbundesamtes stieg der Gesamtausstoß aller klimarelevanten Treibhausgase in Deutschland im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 1,6 %. Damit lag die Veränderungsrate der Treibhausgasemissionen deutlich über dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-1,4 %), weshalb das Ergebnis mit dem Minimalscore von -2 bewertet werden musste (-3 Zähler gegenüber 2011). Zurückzuführen ist der starke Anstieg der Treibhausgasemissionen im Jahr 2012 vor allem

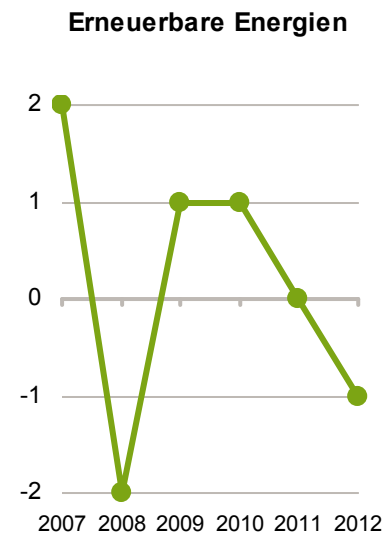


auf die steigende Verstromung von Braun- und Steinkohle im Zuge des Atomausstiegs und den stark gesunkenen Preis für Zertifikate im EU-Emissionshandel sowie die im Vergleich zum Vorjahr deutlich kältere Witterung. Mit 931 Mio. t CO₂-Äquivalent wurden 14 Mio. Tonnen mehr als im Vorjahr freigesetzt, hauptsächlich durch den Anstieg der CO₂-Emissionen aus der Strom- und Wärmeproduktion um 2 %.

Insgesamt sind die jährlichen Treibhausgasemissionen in Deutschland zwischen 1990 und 2012 nach den vorläufigen Daten um 25,5 % zurückgegangen. Damit hat Deutschland seine Verpflichtung aus dem Kyoto-Protokoll, die jährlichen Treibhausgasemissionen 2008–2012 um 21 % zu reduzieren, um 192 Mio. Tonnen übererfüllt. Um das von der Bundesregierung festgelegte Klimaziel – Minderung der jährlichen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 – erreichen zu können, müssen die 2010 und 2011 beschlossenen Maßnahmen aber konsequent weiter verfolgt werden.

Erneuerbare Energien

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland schreitet weiter voran, wenn auch langsamer als zuvor. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am gesamten Endenergieverbrauch (Strom, Wärme, Kraftstoffe) konnte um weitere 0,5 Prozentpunkte auf 12,5 % gesteigert werden, obwohl der Gesamtenergieverbrauch witterungsbedingt zugenommen hatte. Insbesondere der Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch stieg um 2,4 Prozentpunkte und betrug 2012 22,9 %. Die Wärmebereitstellung aus Erneuerbaren Energien ist ebenfalls absolut angestiegen, aufgrund des witterungsbedingt deutlich angestiegenen Gesamtwärme-

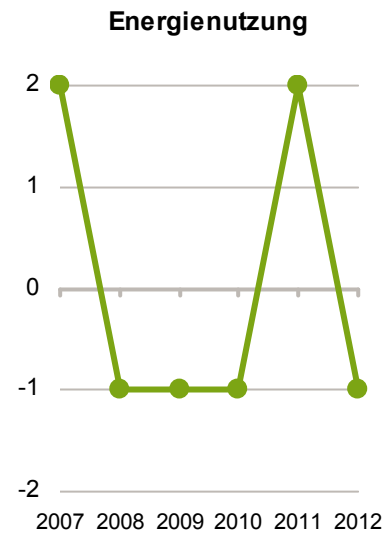


verbrauchs stagnierte der Anteil Erneuerbarer Energien jedoch bei 10,4 %. Die Endenergiebereitstellung aus Erneuerbaren Energien im Jahr 2012 von insgesamt 315,4 Terawattstunden (TWh) entfiel erstmals zu fast gleichen Teilen auf die Wärme- und Strombereitstellung (46 %), die restlichen 11 % auf die Kraftstoffbereitstellung. Den bedeutendsten Beitrag zur regenerativen Endenergiebereitstellung leistete 2012 mit 66 % die Biomasse, gefolgt von der Windenergie mit 15 %, der Photovoltaik mit knapp 9 %, der Wasserkraft mit 7 % und der Geo- und Solarthermie mit 4 %. Photovoltaik und Windenergie konnten dabei einen deutlichen Ausbauschub verzeichnen, während die Verwertung von Biomasse deutlich an Dynamik verlor. Die Gesamtinvestitionen in Erneuerbare Energien waren 2012 dabei mit 4 Mrd. EUR geringer als noch 2011.

Damit entwickelte sich dieser Basisindikator 2012 aufgrund der sehr guten Entwicklung der letzten Jahre schlechter als im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (+0,8 Prozentpunkte), sodass dieser Teilaspekt mit einem Score von -1 bewertet wurde. Das Ausbautempo muss wieder leicht erhöht werden (durchschnittliche Steigerung auf 0,6 Prozentpunkte pro Jahr), um das auf europäischer Ebene zugesagte Ziel – Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 18 % – zu erreichen. Um die Ziele bis 2030 (30 %) und 2050 (60 %) zu erreichen, muss an die bisherigen Fortschritte angeknüpft werden. Insbesondere ein reduzierter Gesamtenergieverbrauch kann kostengünstig dazu beitragen, den Anteil der Erneuerbaren zu erhöhen. In diesem Zusammenhang muss schnellstmöglich Klarheit hinsichtlich der zukünftigen Ausgestaltung des Förderregimes für Strom aus Erneuerbaren Energien hergestellt werden, um Investitionssicherheit zu gewährleisten.

Energienutzung

Das Schlüsselthema Energienutzung mit dem Basisindikator Energieproduktivität – als Indikator für den effizienten Umgang mit Energie – hat sich im Jahr 2011 in der Gesamtschau sehr negativ entwickelt. Gegenüber dem Vorjahr verlor der Score 3 Zähler und lag mit einem Wert von -1 unter dem zurückliegenden Zehnjahresdurchschnitt. Die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität in Deutschland (ausgedrückt als das Verhältnis des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts zur Inanspruchnahme von Primärenergie) hat sich im Jahr 2012 um 0,4 % gegenüber dem Vorjahr verschlechtert und liegt damit unter der historischen Benchmark (+2 %).



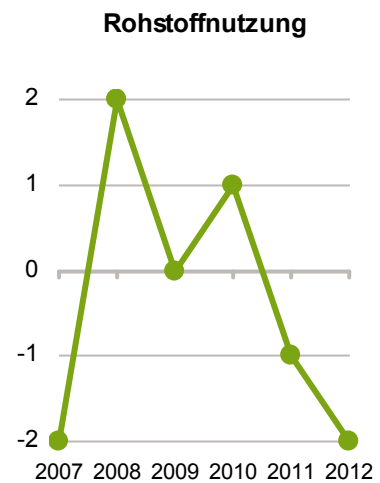
Der Energieverbrauch ist dabei stärker gestiegen (+1,1 %) als das reale BIP (+0,7 %). Der sparsamere Umgang durch hohe Energiepreise im Jahr 2012 sowie die weitere Verbreitung energieeffizienter Geräte und Gebäude konnten die verbrauchssteigernden Wirkungen der konjunkturellen Entwicklung und der kühleren Witterung nicht kompensieren.

Im Ergebnis stieg der Primärenergieverbrauch im Jahr 2012 nach der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen um 158 PJ auf insgesamt 13.757 PJ. Ausschlaggebend hierfür war die im Vergleich zum Vorjahr deutlich kühlere Witterung. Temperaturbereinigt hätte sich nach Berechnungen der AG Energiebilanzen sogar eine Primärenergieverbrauchssenkung von 0,8 % ergeben. Der Atomausstieg zeigt dabei große Auswirkungen auf die Energieträger: Der Anteil der Kernenergie am Primärenergieverbrauch sank weiter auf insgesamt noch 8 %, während die Anteile der Erneuerbaren Energien, aber auch der Braun- und Steinkohle, weiter steigen.

Insgesamt konnte die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität in Deutschland zwischen 1990 und 2012 um 48,8 % erhöht werden. Im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 zu verdoppeln. Zur Erreichung dieses Zielwertes wäre im verbleibenden Zeitraum bis 2020 eine jährliche Steigerung der Energieproduktivität von durchschnittlich 3,8 % erforderlich. Zum Vergleich: In den vorangegangenen zehn Jahren lag die durchschnittliche Erhöhung mit 1,8 % pro Jahr nicht einmal halb so hoch. Insbesondere Rebound-Effekte – d. h. Verbrauch der Einsparpotenziale von Effizienzsteigerungen an anderer Stelle oder von anderen Personen – machen bisher die Erfolge von vielen Energieeffizienzmaßnahmen in der Gesamtproduktivität wieder zunichte. Es sind also weitere erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Energieeffizienz erforderlich.

Rohstoffnutzung

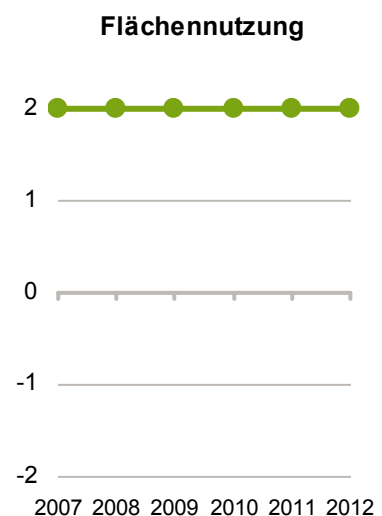
Der Score für das Schlüsselthema Rohstoffnutzung, welches durch die Rohstoffproduktivität – ein Indikator für den effizienten Umgang mit Rohstoffen – abgebildet wird, hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter verschlechtert und die vergangenheitsorientierte Benchmark deutlich unterschritten. Die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität (ausgedrückt als Verhältnis des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts zur Inanspruchnahme von nicht erneuerbarem Primärmaterial) hat sich gegenüber dem Vorjahr um 3 % verschlechtert. Gemessen an der durchschnittlichen jährlichen Entwicklung der vorangegangenen zehn Jahre (+2,2 %) erreichte der Basisindikator damit einen Scorewert von -2.



Insgesamt ist die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität in Deutschland im Zeitraum von 1994 bis 2011 (aktueller Datenrand) um 43,6 % angestiegen. Diese Entwicklung ist vor allem auf einen Strukturwandel hin zu weniger rohstoffintensiven Branchen zurückzuführen. Das bisherige Entwicklungstempo hat sich damit nicht nur verlangsamt, sondern erstmals umgekehrt und entfernt sich vom Ziel. Um die in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie fixierte Zielvorgabe einer Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu erreichen, müssen die Anstrengungen inzwischen deutlich gesteigert werden. In den vorangegangenen zehn Jahren ist die Rohstoffproduktivität im Durchschnitt um 1,2 % pro Jahr angestiegen, während zur Erreichung des Verdopplungsziels bis 2020 im verbleibenden Zeitraum eine durchschnittliche jährliche Verbesserung von inzwischen 3,7 % erforderlich wäre.

Flächennutzung

Der stetige Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche hat vielfältige negative Auswirkungen auf die Umwelt. Wichtige Lebensräume für Flora und Fauna gehen verloren, die Zerschneidung und Verkleinerung von Lebensräumen führt zu einem Rückgang der Arten- und Biotopvielfalt, Grundwasser ist immer weniger gegen Stoffeinträge geschützt und seine Neubildung wird durch eine verringerte Niederschlagsversickerung erschwert. Eine nachhaltige Flächennutzung zielt sowohl auf eine Verringerung der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme als auch auf eine Aufwertung von Flächen in ökologischer Hinsicht ab.

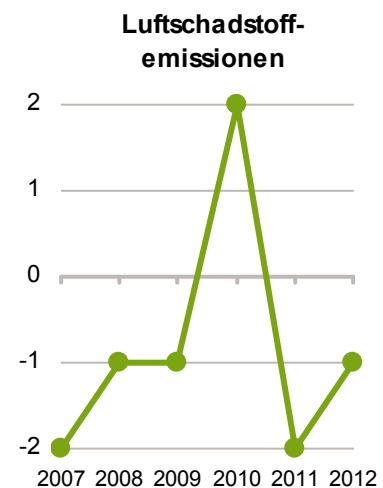


Die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlung und Verkehr in Deutschland sinkt im Jahr 2011 (aktueller Datenrand) um weitere 6 ha auf durchschnittlich 81 ha pro Tag, die positive Entwicklung hat sich jedoch leicht abgeschwächt. Relativ zum Zehnjahresdurchschnitt bewertet (110 ha pro Tag) erzielte dieser Basisindikator wie schon in den Vorjahren ein Scoreergebnis von 2. Während erste Ansätze zur Reduzierung des Flächenverbrauchs (Innen- vor Außenentwicklung) – auch bedingt durch den demografischen Wandel – im Wohnungsbau teilweise umgesetzt werden, sind Investitionen in Verkehrs- und Gewerbeflächen weiter anzupassen. Dies entlastet auch zukünftige Generationen finanziell.

Trotz des im langfristigen Trend feststellbaren Rückgangs der Flächennutzung ist zu konstatieren, dass Deutschland noch weit entfernt von dem in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie festgelegten Ziel ist, bis zum Jahr 2020 den Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 30 ha pro Tag zu begrenzen.

Luftschadstoffemissionen

Fortschritte bei der Luftqualität werden anhand der Emissionsentwicklung bei den klassischen Luftschadstoffen Schwefeldioxid, Stickstoffoxid, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen, Kohlenmonoxid und Feinstaub (PM 10) gemessen. Im Jahr 2011 (aktueller Datenrand) konnten nach einer Ausweitung der betrachteten Luftschadstoffe im Jahr 2010 die Emissionen wieder reduziert werden. Sie sanken um 1,8 %, dieser Rückgang lag jedoch noch immer über dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-3,4 %).



Infolgedessen verbesserte sich der Score für das Schlüsselthema Luftschadstoffemissionen im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr, liegt jedoch weiterhin unterdurchschnittlich auf einem Scoreergebnis von - 1.

Größte Erfolge sind beim Kohlenmonoxid (CO, -5,5 %) und den flüchtigen organischen Verbindungen ohne Methan (NMVOC, -4,6 %) festzustellen. Insgesamt zeigten die einzelnen Emissionsarten jedoch kaum Reduzierungen im letzten Jahr und blieben relativ konstant. Besorgniserregend bleibt der Bereich der überwiegend landwirtschaftlich verursachten Ammoniakemissionen. Nach ersten Erfolgen im letzten Jahr stiegen die Emissionen wieder um knapp 2 % an und liegen mit 93 % des Wertes von 1995 beharrlich auf einem hohen Niveau.

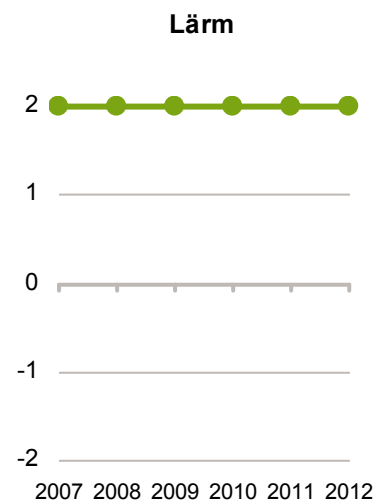
Insgesamt konnte zwischen 1995 und 2011 ein gemittelter Rückgang der betrachteten Schadstoffemissionen um 41 % erreicht werden, wobei in den letzten Jahren die Minderungserfolge deutlich geringer wurden. Gemessen an der dauerhaften Belastbarkeit der Ökosysteme sind sie aber noch immer zu hoch. Der Umstieg der Antriebssysteme bei Kraft-

wagen zu Erneuerbaren Energien könnte dazu beitragen, die Emissionswerte wieder deutlich zu verbessern. Großer Handlungsbedarf für die weitere Reduzierung der Luftschadstoffbelastung besteht insbesondere für versauernde und eutrophierende Luftverunreinigungen – hier vor allem durch Stickstoffoxid- und Ammoniakemissionen – sowie für die gesundheitsgefährdenden Feinstaubemissionen.

Lärm

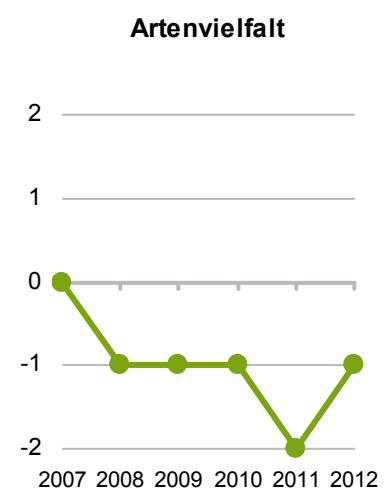
Das Schlüsselthema Lärm wird durch den Anteil der Bevölkerung, der bei einer Befragung des Umweltbundesamtes angibt, von Straßenlärm belästigt zu werden, abgebildet. Im Jahr 2012 sank der Anteil dabei weiter leicht um 0,5 Prozentpunkte auf 54 %. Gemessen an der Entwicklung der vorangegangenen zehn Jahre liegt der Anteil deutlich unter dem Durchschnitt (59,9 %), sodass dieser Basisindikator einen Scorewert von +2 erreichen konnte.

Es ist inzwischen unbestritten, dass Lärmbelastungen zu einer Beeinträchtigung der Gesundheit führen können. Dabei nimmt neben der weiterhin hohen Belastung durch Straßenverkehr die Belastung durch den steigenden Luftverkehr noch zu. Mit der Umgebungslärmrichtlinie der EU trat 2002 ein Instrument für eine europaweit einheitliche Lärmbekämpfung in Kraft, das die Lärmmindeungsplanung in Deutschland neu gestaltet hat. Im ersten Schritt standen dabei die Lärmkartierungen zur genaueren Erfassung im Vordergrund. Sie bestätigen die hohen Lärmbelastungen insbesondere in Städten. Erste Maßnahmen zur Lärmreduzierungen zeigen nun schon in die richtige Richtung und führen hoffentlich in den nächsten Jahren zu deutlichen Reduzierungen in der Lärmbelästigung.



Artenvielfalt

Der Basisindikator für die Artenvielfalt beruht auf der Bestandsentwicklung von insgesamt 59 ausgewählten Vogelarten, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen sowie Landnutzungen in Deutschland repräsentieren (Agrarland, Wälder, Siedlungen, Binnengewässer, Küsten / Meere sowie Alpen). Im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde für diese Vogelarten ein auf 100 % normierter Bestandszielwert für das Jahr 2015 festgelegt. Im Jahr 2010 (aktueller Datenrand) lag der entsprechende Gesamtindikator bei 67,9 % des Zielwerts für 2015 und blieb folglich unter-



durchschnittlich – gemessen am Zehnjahresdurchschnitt (70,3 % des Zielwerts für 2015) – mit einem Score von -1. Nach langen Jahren der Schwäche liegt der Score damit immer noch unter der Benchmark.

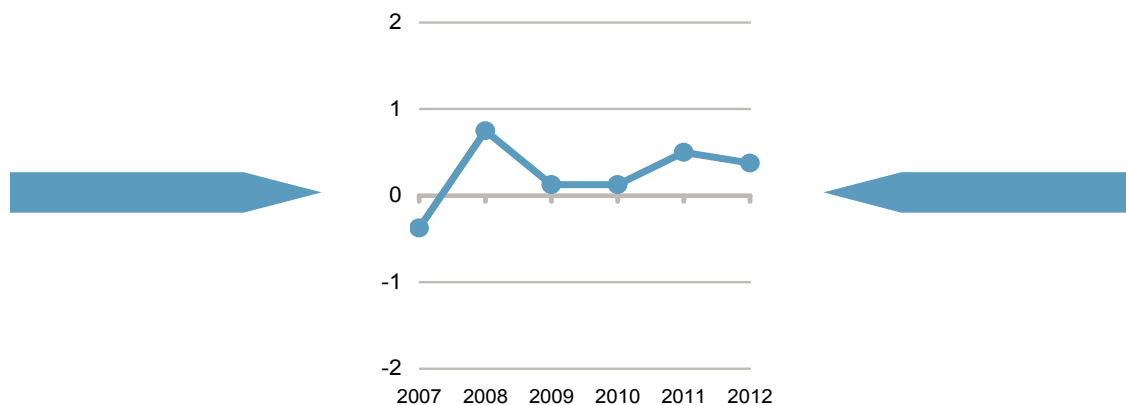
Es sind nach wie vor große zusätzliche Bemühungen zur Sicherung und Förderung von Natur und Landschaft und der biologischen Vielfalt notwendig. Bei allen Landschafts- und Lebensraumtypen des Indikators sinken die Werte, insbesondere die Teilindikatoren Agrarland und Küsten / Meere zeigen kontinuierlich eine Verringerung der Artenvielfalt, sodass die Zielerreichung im Jahr 2015 inzwischen nicht mehr als realistisch anzusehen ist. Die wichtigsten Ursachen für den Rückgang der Artenvielfalt sind die Intensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung, die Zerschneidung und Zersiedlung der Landschaft, die Versiegelung von Flächen sowie Schadstoffeinträge. Die neuen Leitplanken zur EU-Agrarpolitik für 2014 bis 2020 bieten Möglichkeiten, natur- und umweltfördernde Landwirtschaft zu unterstützen und die Artenvielfalt auch nach 2015 zu erhöhen.

2.3 Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

| Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre | | | | | | |
|--|-------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 |
| Bildung | | | | | | |
| Niedrigqualifiziertenquote | 1 | 2 | 2 | 0 | 2 | 1 |
| Wirtschaftliche Teilhabe | | | | | | |
| Langzeitarbeitslosenquote | -1 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| Politische Teilhabe | | | | | | |
| Interesse für Politik | -1 | 2 | 0 | -1 | -2 | 0 |
| Gesundheit | | | | | | |
| Krankheitsfälle im Krankenhaus | 0 | -1 | -1 | -1 | -1 | -1 |
| Sicherheit | | | | | | |
| Gewaltverbrechen und Einbruchdiebstahl | -2 | 1 | -1 | -1 | -1 | -2 |
| Gleichberechtigung | | | | | | |
| Verdienstrückstand von Frauen | -1 | -1 | -1 | 1 | 1 | 1 |
| Integration | | | | | | |
| Differenz Arbeitslosenquoten Ausländer / Gesamt | -1 | -1 | -1 | -1 | 1 | 1 |
| Internationale Verantwortung | | | | | | |
| Öff. Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit | 2 | 2 | 1 | 2 | 2 | 1 |
| Gesellschaftl. Zusammenhalt insg. | -0,4 | 0,8 | 0,1 | 0,1 | 0,5 | 0,4 |

Gesellschaftlicher Zusammenhalt insgesamt



Quelle: KfW Bankengruppe

Bei der Nachhaltigkeitsdimension „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ setzte sich im Jahr 2012 die positive Entwicklung der vergangenen Jahre weiter fort. Die durchschnittliche Performance dieser Nachhaltigkeitsdimension übertraf die der vorangegangenen zehn Jahre, wenngleich der Score mit 0,4 etwas geringer ausfiel als im Vorjahr. Nach der Stagnation in den Jahren 2009 und 2010 setzt sich somit der im Jahr 2011 beginnende deutliche Positivtrend weiter fort. Dieser ist weiterhin maßgeblich auf die anhaltend positive wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen, die insbesondere auf den Arbeitsmarkt positive Effekte hatte und zu einer gestiegenen wirtschaftlichen Teilhabe verschiedener Bevölkerungsgruppen

führte. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbspersonen war 2012 wiederum erfreulich gering. Personen ausländischer Herkunft waren im Jahr 2012 besser auf dem Arbeitsmarkt integriert als in den Vorjahren. Hinzu kommt eine leicht abnehmende Gehaltschere zwischen Männern und Frauen. Diese positive Bewertung der Entwicklungen ist jedoch auch der vergangenheitsorientierten Bewertung geschuldet. Gerade in den Bereichen Integration und Gleichberechtigung besteht trotz aller Fortschritte noch erheblicher Handlungsbedarf, will man die Politikziele der nationalen Europa 2020-Strategie und der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie erreichen.

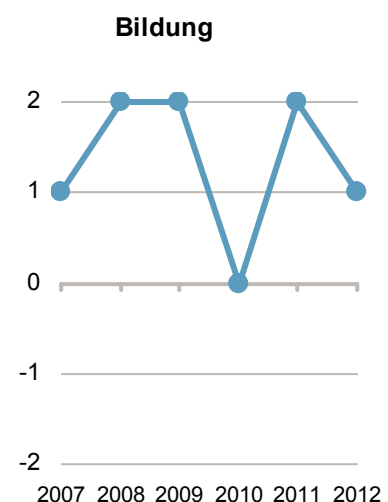
Erfreulich ist weiterhin die positive Entwicklung im Bereich Bildung und beim Schlüsselthema „Internationale Verantwortung“ (Score: 1). Angesichts des demografischen Wandels müssen für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlstands in Deutschland in den kommenden Jahren jedoch noch erheblich mehr Anstrengungen im Bereich der Erstausbildung und Weiterbildung unternommen werden. Ebenfalls sind noch erhebliche Steigerungen der öffentlichen Entwicklungsausgaben notwendig, um die Politikziele, zu denen sich Deutschland verpflichtet hat, zu erreichen.

Beim Schlüsselthema Gesundheit (Score: -1 seit 2008) ist hingegen ein anhaltend negativer Trend zu verzeichnen, der unter anderem auf die Alterung der Bevölkerung zurückzuführen sein dürfte. Die schlechteste Entwicklung zeichnet sich beim Schlüsselthema Sicherheit (Score -2) ab, was vor allem mit einer gestiegenen Anzahl an Wohnungseinbruchdiebstählen zusammenhängt.

Bildung

Beim Schlüsselthema Bildung setzt sich die im Vorjahr beobachtete Entwicklung langsam weiter fort (Score: 1). Der Anteil der Niedrigqualifizierten, also derjenigen ohne einen beruflichen Bildungsabschluss, an der Gruppe der 25- bis 30-Jährigen lag im Jahr 2012 mit 23,8 % um 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert und damit erfreulicherweise wiederum unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (25,1 %).

Im Rahmen der nationalen Europa 2020-Strategie hat Deutschland sich darüber hinaus zum Ziel gesetzt, den Anteil der frühen Schulabgänger – definiert als Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die maximal einen Haupt- oder Realschulabschluss erreicht haben, und sich gegenwärtig nicht mehr im Bildungsprozess befinden – bis zum Jahr 2020 auf 10 % zu reduzieren. Während dieser Anteil im Jahr 2000 noch 14,6 % betrug, konnte er bis zum Jahr 2012 (vorläufige Schätzung



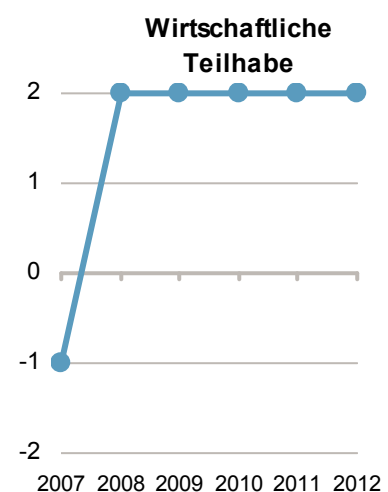
von Eurostat) auf 10,5 % gesenkt werden. Ein Erreichen der Zielmarke von unter 10 % im Jahr 2020 ist also wahrscheinlich.

Im Bereich der Hochqualifizierten wurde die Europa 2020-Zielmarke für die Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen auf 40 % im Jahr 2020 gesetzt. Deutschland liegt mit 31,9 % im Jahr 2012 noch 8 Prozentpunkte vom Zielwert entfernt. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings die Sonderrolle der beruflichen Ausbildung in Deutschland, weswegen Deutschland bei der *nationalen* Europa 2020-Zielmarke auch postsekundare nicht tertiäre Abschlüsse einbezieht. 2011 wurde die national Zielmarke für 2020 von 42 % bereits erreicht. Auch die hohen Studienanfänger- und Studierendenzahlen der letzten Jahre sprechen für den weiteren Zuwachs des Anteils der Hochqualifizierten in den nächsten Jahren.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass der Ausbildungsstand in Deutschland so gut ist wie nie zuvor. Unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten muss in den folgenden Jahren nochmals besonderes Augenmerk auf die Niedrigqualifizierten gelegt werden. Ein Berufsabschluss ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein geringes Arbeitslosigkeitsrisiko und ein gutes Einkommen und somit eine Grundvoraussetzung sowohl für die wirtschaftliche als auch für die gesellschaftliche Teilhabe. Dass immer noch knapp ein Viertel der Altersgruppe der 25- bis 30-Jährigen nicht mindestens über einen Berufsabschluss verfügt, stimmt trotz der sich abzeichnenden Verbesserungen bei diesem Indikator bedenklich. Zudem sollte auch die Bildungsqualität im Blick behalten werden. Volkswirtschaftlich relevant ist nicht allein welcher Schul- oder Berufsabschluss erreicht wird; darüber hinaus kommt es auch auf die im Rahmen der Ausbildung erlernten Kompetenzen an.

Wirtschaftliche Teilhabe

Eine erfreuliche Entwicklung zeichnet sich beim Schlüsselthema wirtschaftliche Teilhabe ab. Der deutsche Arbeitsmarkt erwies sich 2012 weiterhin als sehr robust, was sich auch in der hier als Indikator für wirtschaftliche Teilhabe herangezogenen Langzeitarbeitslosenquote – ausgedrückt als prozentualer Anteil der Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind – zeigt: diese verringerte sich im Jahr 2012 nochmals leicht von 2,5 auf 2,4 % und lag damit deutlich unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre (3,4 %). Wie schon in den Vorjahren wurde damit 2012 die vergangenheitsorientierte Benchmark erheblich übertroffen und wiederum der maximale Score von 2 erreicht.



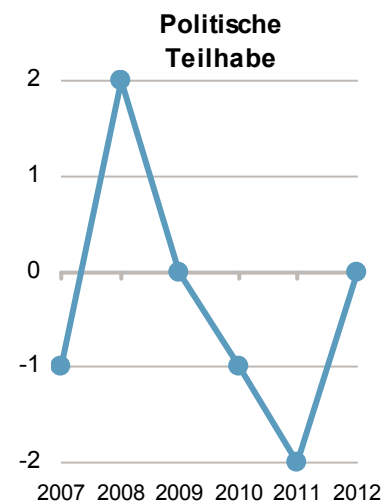
und wiederum der maximale

Auch im Rahmen der nationalen Europa 2020-Strategie hatte Deutschland sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Langzeiterwerbslosen um 20 % (absolut: um 330.000 Personen) gegenüber 2008 zu reduzieren und somit den Anteil der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen zu senken. Diese Zielvorgabe wurde bereits 2011 erfüllt: 2012 lag die Anzahl der Langzeitarbeitslosen mit 1,03 Mio. Personen nochmals unter dem Vorjahreswert.

Zusammenfassend trägt die weiterhin positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt² erheblich zum guten Gesamtergebnis der Nachhaltigkeitsdimension „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ bei. Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung und wirtschaftliche Teilhabe in den kommenden Jahren.

Politische Teilhabe

Als Basisindikator für Politische Teilhabe wird das subjektiv eingeschätzte Interesse für Politik herangezogen. Dieses basiert auf Befragungsdaten aus dem sozioökonomischen Panel des DIW. Während sich das individuell eingeschätzte Interesse für Politik in den Jahren zuvor zunächst stark verringerte, ist im Jahr 2010 (aktueller Datenrand) wieder eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Der Score dieses Basisindikators erreichte den Wert 0 und verbesserte sich gegenüber dem Vorjahreswert von -2 erheblich.



Zwar lagen zum Veröffentlichungszeitpunkt noch keine aktualisierten Daten zum politischen Interesse aus dem SOEP vor. Eine aktuelle Studie des IfD Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung³ findet für das Jahr 2013 jedoch ein – im Vergleich zur Befragung 2009 – leicht gestiegenes Interesse für Politik. Im Jahr 2013 beantworteten 53 % – und damit 5 Prozentpunkte mehr als vier Jahre zuvor – die Frage „Interessieren Sie sich für Politik?“ mit „Ja.“. Der Anteil derjenigen, die angeben, sie seien mit der Demokratie in der Bundesrepublik und unserem ganzen politischen System zufrieden oder sehr zufrieden, ist zwischen 2003 und 2013 sogar von 67 auf 83 % gestiegen. Bedenklich stimmt allerdings, dass laut dieser Studie die politische Partizipation von Einkommensschwachen und Bildungsfernen immer weiter abnimmt. Während aktuell z. B. 68 % aus der oberen Schicht sagen, sie würden bei der Bundestagswahl auf jeden Fall wählen gehen, sind es in der unteren Schicht hingegen nur 31 %. Dies deutet, so die Autoren der Studie, auf eine

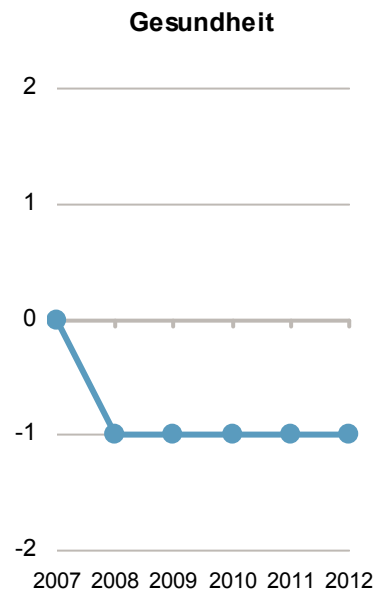
² Vgl. dazu auch das Schlüsselthema „Erwerbsbeteiligung“, S. 6f.

³ Petersen et al. (2013). Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Gütersloh: Bertelsmann.

zunehmend sozial gespaltene Demokratie in Deutschland hin. Die Studie lässt zudem darauf schließen, dass für die kommenden Jahrzehnte mit einem insgesamt sinkenden Politikinteresse zu rechnen sein wird, was sich auch in einer sinkenden Wahlbeteiligung und allgemein geringerer politischer Partizipation ausdrücken wird.

Gesundheit

Für das Schlüsselthema Gesundheit wurde als Basisindikator die Summe der im Krankenhaus behandelten und diagnostizierten Krebs- und Herz-Kreislaufkrankungen sowie psychischen und Verhaltensstörungen herangezogen, wobei Veränderungen in der Einwohnerzahl berücksichtigt werden. Der Indikator wird gebildet als jährliche Veränderungsrate dieser Größe (Datenstand 2011). Seit 2008 ist für dieses Schlüsselthema eine konstante Verschlechterung zu verzeichnen, verglichen mit dem Durchschnittswert der vorangegangenen zehn Jahre (0,0), sodass der Scorewert auf -1 verharret. Es ist also eine stetige Zunahme dieser Erkrankungen zu beobachten, was auch auf die Alterung der Bevölkerung zurückzuführen sein dürfte. Am stärksten gestiegen ist die Anzahl der psychischen und Verhaltensstörungen (+2,4 % gegenüber dem Vorjahreswert). Auch die Erkrankungen des Herz-Kreislaufsystems (+1,5 %) sowie die Krebserkrankungen nahmen wieder geringfügig zu (+0,5 % gegenüber dem Vorjahreswert).



Die Gesundheitsindikatoren, für die sich die Bundesregierung im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie konkrete Politikziele bis 2015 gesetzt hat, sprechen ein ähnliches Bild: Der dort angestrebte Rückgang der vorzeitigen Sterblichkeit (Todesfälle pro 100.000 Einwohner unter 65 Jahren) sowie der Raucherquoten und des Anteils der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) wird bis 2015 nur erreicht werden, wenn erhebliche zusätzliche Anstrengungen erfolgen.

Die Gesundheitsindikatoren, für die sich die Bundesregierung im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie konkrete Politikziele bis 2015 gesetzt hat, sprechen ein ähnliches Bild: Der dort angestrebte Rückgang der vorzeitigen Sterblichkeit (Todesfälle pro 100.000 Einwohner unter 65 Jahren) sowie der Raucherquoten und des Anteils der Menschen mit Adipositas (Fettleibigkeit) wird bis 2015 nur erreicht werden, wenn erhebliche zusätzliche Anstrengungen erfolgen.

Allgemein sollte das Schlüsselthema Gesundheit gerade aufgrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung und der damit einhergehenden Häufung vieler Krankheitsbilder in den kommenden Jahren im Zentrum der Politikbemühungen für eine nachhaltige Entwicklung stehen.

Sicherheit

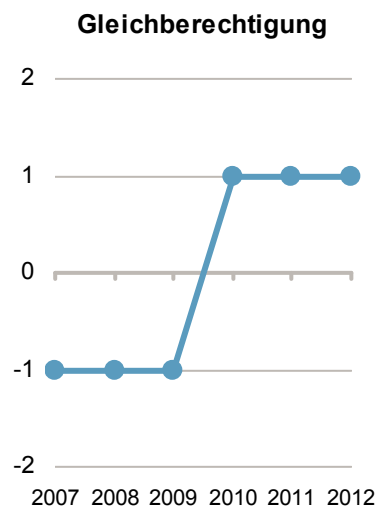
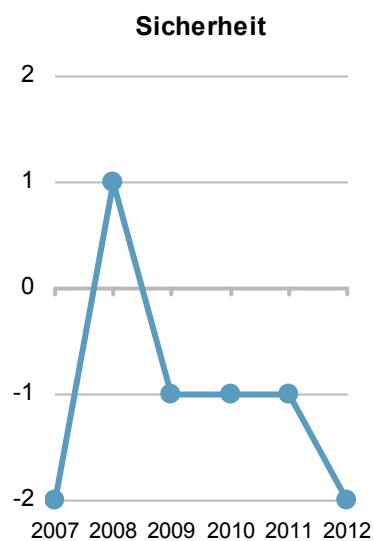
Der Indikator für das Schlüsselthema „Sicherheit“ umfasst die in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfassten Wohnungseinbruchsdiebstähle und Gewaltverbrechen, bezogen auf die Einwohnerzahl von Deutschland. In 2012 zeigte sich bei diesem Basisindikator eine merkliche Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr (Score: -2). Damit setzt sich ein seit 2008 beobachteter leichter Negativtrend in Form von Verschlechterungen gegenüber dem Durchschnitt der jeweils vorangegangenen zehn Jahre weiter fort. Bei differenzierterer Betrachtung zeigt sich aber, dass die Gewaltkriminalität in den letzten Jahren erfreulicherweise zurückgegangen ist.

Die Verschlechterung des Scorewertes ist vor allem auf Wohnungseinbruchsdiebstähle zurückzuführen, die in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben (+ 8,7 % von 2011 auf 2012). Wenig erfreulich ist auch die geringe Aufklärungsquote von nur 15,7 % bei den Wohnungseinbruchsdiebstählen (verglichen mit 54,4 % bei allen Straftaten).

Insgesamt stieg die Anzahl aller in der PKS erfassten Straftaten – ein umfassenderes Maß für Sicherheit – 2012 nur geringfügig um 0,1 % gegenüber 2011 an. Die Anzahl aller erfassten Straftaten pro 100.000 Einwohner verharrte im Jahr 2012 beinahe auf dem Vorjahresniveau (2012: 7.327; 2011: 7.328). Damit setzte sich ein in den letzten Jahren zu beobachtender schwacher Trend zur Abnahme von Straftaten weiter fort. Die Zahlen zeigen jedoch, dass weitere Anstrengungen unternommen werden müssen, um das in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland verankerte Ziel von weniger als 7.000 Straftaten pro 100.000 Einwohner bis zum Jahr 2020 zu erreichen.

Gleichberechtigung

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist sogar im Grundgesetz verankert; seit Jahren zeigen sich jedoch hohe Verdienstabstände zwischen Frauen und Männern. Der Verdienstrückstand von Frauen gegenüber Männern (sog. unbereinigter Gender Pay Gap) betrug im Jahr 2007 noch 23,0 % und liegt seit dem Jahr 2010 bei 22,0 %. Im Durchschnitt liegt der Bruttostundenverdienst von Frauen momentan immer noch um mehr als ein Fünftel unter dem der Männer. Aufgrund des vergangenheitsorientierten Benchmarks wurde die Entwicklung dieses Indikators



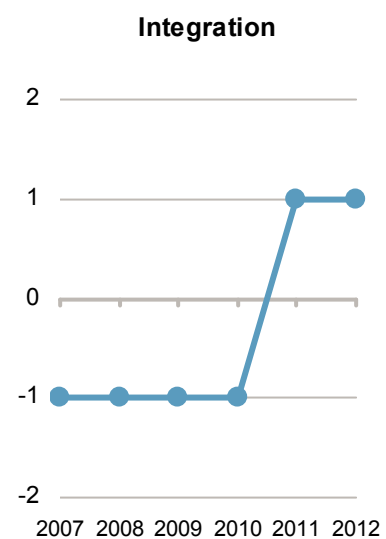
dennoch 2012 mit einem Scorewert von 1 positiv bewertet.

Die Verdienststrukturerhebung 2010 des Statistischen Bundesamtes zeigt, dass sich gut zwei Drittel der Unterschiede im Bruttostundenverdienst zwischen Frauen und Männern auf Unterschiede in arbeitsplatzrelevanten Merkmalen zurückführen lassen. Dazu zählen insbesondere Unterschiede in Branchen und Berufen, ungleiche Arbeitsplatzanforderungen hinsichtlich Führung und Qualifikation sowie Unterschiede in Teilzeit- bzw. geringfügiger Beschäftigung. Bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit verdienen Frauen pro Stunde durchschnittlich 7 % weniger als Männer (sog. bereinigter Gender Pay Gap).

Bedenklich stimmt, dass sich die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern seit 1995 kaum verringert haben. Von dem in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verankerten Ziel eines 10 %-Unterschieds im Bruttostundenverdienst zwischen Frauen und Männern im Jahr 2020 ist die Bundesrepublik noch weit entfernt. Dieses Ziel wird nur dann erreicht werden, wenn sich die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den kommenden Jahren erheblich verbessern. Es besteht noch erheblicher Handlungsbedarf aufseiten der Politik und der Arbeitgeber.

Integration

Von der insgesamt positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt konnten im Jahr 2012 auch die Mitbürger profitieren, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen. Der Nachhaltigkeitsscore im Bereich „Integration“ – gemessen als Differenz zwischen der Arbeitslosenrate der Ausländer und der Arbeitslosenrate der Gesamtbevölkerung – verblieb auf dem Vorjahresniveau von 1,0 Scorepunkten. Während sich die Arbeitslosenquote (bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen) insgesamt geringfügig von 7,9 % im Jahr 2011 auf 7,6 % im Jahr 2012 verringerte, sank die Arbeitslosenquote unter den ausländischen Staatsangehörigen – wiederum bezogen auf alle abhängig zivilen Erwerbspersonen – von 16,9 % im Vorjahr auf 16,5 %. Ausländische Personen sind somit immer noch deutlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Deutsche.



Damit eng verbunden ist das im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie verfolgte Ziel, den Anteil der ausländischen Schulabsolventen, die mindestens einen Hauptschulabschluss erreichen, zu erhöhen und bis zum Jahr 2020 an die entsprechende Quote für die deutschen Jugendlichen anzugleichen. Sowohl bei den ausländischen als auch bei den deutschen Schulabsolventen war hier zwar in den letzten Jahren ein schwach positiver

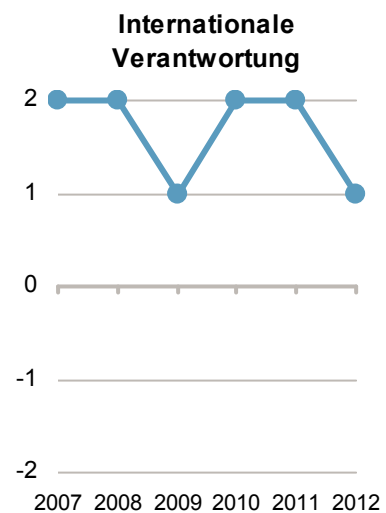
Trend zu beobachten. Unter den ausländischen Schulabsolventen liegt der Anteil der Personen die mindestens einen Hauptschulabschluss erreichten mit 88,3 % jedoch noch deutlich unter dem entsprechenden Anteil der deutschen Schulabsolventen (95,1 %; beides Datenstand 2011).

Des Weiteren weisen Statistiken und Ergebnisse internationaler Schulleistungsstudien darauf hin, dass nicht nur Jugendliche mit ausländischer Staatsbürgerschaft, sondern auch die deutlich größere Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund – zu denen auch Migranten zählen, die in zweiter Generation hier leben – im deutschen Schulsystem schlechtere Bildungsergebnisse erzielen. Dies unterstreicht die hohe Bedeutung der Integration nicht nur von Ausländern, sondern auch von Personen mit Migrationshintergrund.

Zusammenfassend sind also im Bereich der Integration ausländischer Mitbürger positive Trends erkennbar, die aber noch weiter ausgebaut werden müssen.

Internationale Verantwortung

Der Indikator für das Thema internationale Verantwortung hat sich leicht verschlechtert: Der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen Deutschlands (ODA-Quote) sank von 0,39 % 2011 auf 0,38 % im Jahr 2012. Dadurch vermindert sich der Positivscore von 2 auf 1, d. h. das Anspruchsniveau des KfW-Nachhaltigkeitsindikators (Zehnjahresdurchschnitt: 0,34 %) wird trotz des leichten Rücksetzers noch immer deutlich übertroffen, wenngleich nicht mehr so stark wie im Jahr zuvor.



Damit bleibt Deutschland der drittgrößte bilaterale Entwicklungshilfegeber innerhalb der OECD (hinter den USA und nahezu gleichauf mit Großbritannien). Der Vergleich mit den anderen OECD-Gebern zeigt, dass nahezu alle Länder 2012 das frühere Ausgabenniveau sowohl absolut als auch in Relation zum Bruttonationaleinkommen nicht halten konnten. Die überall sehr angespannte Lage der öffentlichen Haushalte hat ihren Tribut gefordert. Trotzdem bekennt sich Deutschland weiterhin zu seiner internationalen Verantwortung auch auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit. Allerdings ist daran zu erinnern, dass sich Deutschland 2005 zu einer Steigerung der ODA-Quote bis 2010 auf 0,51 % und bis 2015 auf 0,7 % verpflichtet hat. Die Erreichung des Zielwertes 2015 erfordert ganz erhebliche Anstrengungen und dürfte nach momentaner Einschätzung kaum gelingen.